

ZUR EINFÜHRUNG

Seit dem letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts haben sich die institutionellen Rahmenbedingungen für die Entstehung einer Zivilgesellschaft in Japan grundlegend gewandelt. Inzwischen wird (auch) in Japan deren Bedeutung für das Binnenwachstum der Wirtschaft, den Umgang mit sozialen Problemen und eine Zusammenarbeit mit der Regierung bei der Bewältigung der gesellschaftlichen Aufgaben, die sich infolge des demographischen Wandels stellen, anerkannt. Die ABHANDLUNGEN beginnen mit einem Beitrag von *Karla W. Simon*, welche die einschlägigen Reformen analysiert, die Japans *non-profit*-Sektor rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen gebracht haben, denen international eine Vorbildfunktion zukommt. *Christoph Sokolowski* beschäftigt sich mit den Ursprüngen des modernen japanischen Rechts in der *Meiji*-Zeit und schildert die Rolle, welche die europäischen, namentlich die deutschen Berater bei dessen Genese gespielt haben. Der anschließende Beitrag von *Sōichirō Kozuka* und *Jiyeon Lee* zum neuen japanischen Versicherungsvertragsrechts, das am 1. April 2010 in Kraft treten wird, führt zurück in die Gegenwart. Die Verfasser stellen rechtsvergleichende Bezüge zu korrespondierenden Entwicklungen in Europa und Südkorea her.

Ein Thema von dauerhaftem Interesse ist die Funktionalität der Corporate Governance in Japan. In den vergangenen Ausgaben dieser Zeitschrift haben zahlreiche Beiträge die aktuelle Diskussion dazu aufgegriffen. Ein Aspekt, dem jüngst in diesem Kontext besondere Aufmerksamkeit zuteil wurde, ist das Aufkommen feindlicher Unternehmensübernahmen, die nach gängiger Ansicht auch in Japan zur Entwicklung eines Marktes für Unternehmenskontrolle nach US-amerikanischen Vorbild führen werden. Gestützt auf Fallstudien und empirische Nachweise tritt *Dan W. Puchniak* dem mit der provozierenden These entgegen, dass feindliche Übernahmen bei der Restrukturierung der japanischen Wirtschaft bislang keine Rolle gespielt haben und dies auch künftig nicht tun dürften.

In ihrem dritten und letzten Beitrag zu Entwicklung und Praxis der außergerichtlichen Streitbeilegung stellen *Harald Baum* und *Eva Schwittek* die aktuelle Institutionalisierung der Mediation in Japan vor.¹ *Felix Burkei* schließt thematisch mit einer Evaluierung der vor fünf Jahren reformierten japanischen Schiedsgerichtsbarkeit an. Um kollisionsrechtliche Fragen, die sich bei der grenzüberschreitenden Übertragung geistigen Eigentums, namentlich von Musikinhalten und Geschäftsgeheimnissen, stellen, geht es im Beitrag von *Dai Yokomizo*.

1 Siehe dazu die Beiträge der Verfasser in: *ZJapanR /J.Japan.L.* 26 (2008) 5 ff. (zur Entwicklung und Bedeutung) und in: *ZJapanR /J.Japan.L.* 27 (2009) 127 ff. (zur Schlichtung).

Es folgen zwei steuerrechtliche Abhandlungen. *Michael H. Shikuma* und *Takeo Mizutani* setzen sich mit neuen Maßnahmen der japanischen Regierung vom 1. April 2009 auseinander, vermittels derer ausländische Beteiligungen an einer Investment LPS durch Senkung der potentiellen japanischen Steuerbelastung gefördert werden sollen. Die Initiative ermöglicht es ausländischen Investoren unter bestimmten Umständen, eine Steuerbelastung in Hinsicht auf Einkünfte und Gewinne, die durch Veräußerungen von Investments in Japan erzielt werden, ganz zu vermeiden oder erheblich zu mindern. Im Anschluss daran vergleicht *Miyuki Ueda* die unterschiedlichen Methoden der Entlastung von internationaler körperschaftsteuerlicher Doppelbesteuerung im Falle von Dividenden in Japan und Deutschland, wobei das im Rahmen der japanischen Unternehmenssteuerreform 2009 eingeführte Freistellungssystem besondere Beachtung findet. Die Abhandlungen schließen mit einem praxisbezogenen Beitrag von *Otmar Stöcker* zur Immobilienfinanzierungen in Japan und deutschen Pfandbriefen, der unter anderem die Möglichkeiten deutscher Pfandbriefbanken ausleuchtet, sich in Japan in diesem Geschäftsfeld zu betätigen.

Unter der Überschrift SYMPOSIUM sind eine Reihe von Kurzberichten über eine Tagung zusammengefasst, die im November 2008 in Tokyo im Zusammenhang mit dem "Transparency of Japanese Law Project" ausgerichtet wurde. Das Projekt, über das in der Zeitschrift schon berichtet wurde,² macht in vorbildlicher Weise japanische Gesetze und Gerichtsentscheidungen in englischer Übersetzung über das Internet verfügbar.

In der Rubrik RECHTSPRECHUNG kommentiert *Martin Arnold* eine praxisrelevante Entscheidung des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 2008, in der es um die steuerliche Beurteilung einer stillen Gesellschaft zwischen einer niederländischen Gesellschaft und einer japanischen Gruppengesellschaft geht. *Dan Tidten* gibt einen Überblick über wichtige zivilrechtliche Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahre 2006, der an den Bericht über das Jahr 2005 in Heft 24 (2007) anknüpft.

Mehrere ausführliche REZENSIONEN stellen neuere westliche Veröffentlichungen zu unterschiedlichen Bereichen des japanischen Rechts vor. Ein Bericht von *Christopher Vogl* über einen Studienaufenthalt an der Kyoto Sangyo Universität vervollständigt das Heft.

Hamburg / Frankfurt am Main im November 2009

Harald Baum

Moritz Bälz

2 CAROL LAWSON, Found in Translation. The Transparency of Japanese Law Project in Context. ZJapanR/J.Japan.L. 24 (2007) 187 ff.